

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Deutschlands Verhandlungsbereitschaft

### Die englische Unterhausdebatte. — Eine wichtige deutsche Erklärung.

London, 29. März. (W.B.) Worthington Evans, der nach Brigg sprach, fragte die Regierung, was sie zu tun gedachte. Nach seiner Ansicht sei der beste Weg, um den Argwohn zu beseitigen, der in Frankreich bezüglich der Haltung Englands entstanden sei, wenn man zeige, daß kein Grund für derartigen Argwohn bestehe. In Frankreich herrsche die Ansicht, daß England Frankreich bei der Erzwingung von Reparationen im Wege stehe. Dies sei nicht der Fall. Im Gegenteil, England sei bereit gewesen, jeden praktischen Vorschlag zu unterstützen. In der Reparationsfrage sei das Protokoll über die wichtige Januartagung veröffentlicht worden, weshalb jedoch sei das Protokoll über die Konferenz, die im August letzten Jahres in London stattfand, nicht veröffentlicht worden?

Als weiterer Redner lenkte Asquith die Aufmerksamkeit auf die bedeutsame

#### Rede des Reichsministers v. Rosenberg.

die nicht die gehörende Beachtung in der britischen Presse gefunden habe. Er fragte, ob die in Rosenbergs Rede ausgedrückten Ansichten der britischen Regierung vorgelegt worden seien. Wenn dem so wäre, dann dies geschehen sei und in welcher Mitteilungform. Sei die britische Regierung im Besitz dieser Ansichten schon seit einiger Zeit gewesen und habe sie irgendwelche Schritte unternommen, um sich mit den anderen in Betracht kommenden Mächten zu verständigen, oder überlasse sie sich immer noch der Haltung eines ohnmächtigen wohlwollenden Beifolgers? Wenn diese Vorschläge von Deutschland gemacht wurden und für die Erörterung freiständen, so könnte man nicht umhin, sich zu fragen, warum die Dinge ihren gegenwärtigen Lauf nähmen und in welcher Absicht und zur Erzwingung welcher Forderungen Frankreich die Ruhrbesetzung fortsetze und sie erweitere. Sei es geschehen, um den Betrag von 6000 Millionen Pfund Sterling zu erhalten, von dem jetzt jedermann wisse, daß er nicht gezahlt werden könne? Und habe die britische Regierung jemals daran gedacht, von Frankreich eine bestimmte Mitteilung über diesen Punkt zu erhalten. Asquith betonte die

#### Gefahr für die Entente

und gab der Hoffnung Ausdruck, die Regierung würde erklären können, daß die Lage nicht so ernst sei, wie sie den Anschein habe. Zu dem Gedanken der Entmilitarisierung des Rheinlandes erklärte Asquith: Frankreich habe eine sehr angemessene Sicherheit gegen künftige Bedrohungen von Seiten Deutschlands im Verfallenen Frieden erhalten. Der Vertrag verbiete Deutschland, auf dem linken Rheinufer Befestigungen anzulegen oder zu unterhalten oder bewaffnete Streitkräfte ständig oder zeitweise zu militärischen Zwecken anzusammeln. Eine Verletzung dieser Bestimmungen durch Deutschland würde eine feindselige Handlung nicht gegenüber Frankreich allein, sondern gegenüber den Unterzeichnern des Verfallenen Vertrags bedeuten.

Ramsay MacDonald erklärte, die Regierung dürfe nicht gestatten, daß dieser wilde Kampf solange weitergehe, bis die eine oder die andere Partei unterlegen sei. Seines Erachtens solle die Regierung Frankreich in bestimmter Weise fragen, welches seine Politik sei und was es mit der Fortsetzung der Besetzung zu erlangen hoffe.

Schäffner Waldwin erwiderte im Namen der Regierung. Er drückte die europäische Lage mit der Lage bei Beginn eines ernsten und ausgebreiteten Streiks. Wie bei einem Streik, so mache sich auch in der gegenwärtigen politischen Lage eine Bestimmung geltend, die von einer Einmischung nichts wissen wolle. Eine Vermittlung werde von beiden Parteien erst im richtigen Augenblicke begehrt und werde dann dazu beitragen, eine Verständigung herbeizuführen. Waldwin betont dann die

#### Gefahr einer vorzeitigen Intervention.

die den Streit nur verlängern würde, und gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Augenblick kommen würde, in dem die Dienste Englands gegenüber den Alliierten und Deutschland von unschätzbarem Werte sein würden. Wenn England seine Besprechungen mit seinen Alliierten derart führe, daß es ihr Vertrauen verliere und daß sie mit dem Gefühl erfüllt würden, daß England ihnen gegenüber eine feindselige Haltung einnehme, so würden alle Mittel Englands zur Ohnmacht verurteilt sein. Waldwin schloß, die Regierung sei in enger Berührung mit den Alliierten und den anderen in Betracht kommenden Mächten.

Die Regierung hoffe immer noch, daß die Zeit kommen werde, wo durch irgendeine Anregung oder Intervention England einen Schritt vorwärts tun könne, um den Frieden näherzubringen. Aber die Regierung sei fest davon überzeugt, daß sie bisher den für England allein möglichen Weg verfolgt habe.

#### Unterstaatssekretär McNeill erklärte über die Rede des Reichsministers des Innern v. Rosenberg, der Vorschlag, daß ein Ausschuh von internationalen Wirtschaftlern den Reparationsbetrag festsetzen sollte, sei tatsächlich derselbe Vorschlag, den Hughes vor einigen Monaten in Amerika gemacht habe. Es sei aber

#### eine sehr wichtige Einschränkung

dem Vorschlag beigelegt worden, denn die deutsche Regierung habe ausdrücklich erklärt, daß die Vorbedingung für ein derartiges Vorgehen die vollständige Räumung des Ruhrgebiets durch die Franzosen sein müsse. Jedermann wisse jedoch, daß Frankreich nicht die leiseste Absicht einer vollständigen Räumung des Ruhrbezirks als Vorbedingung für eine Erörterung der Reparationsfrage habe. Daher sei in der Rede Rosenbergs

#### in keiner Weise irgendein Fortschritt

zu erblicken. Es sei ganz richtig, daß die englische Regierung wußte, daß ein solcher Vorschlag wahrscheinlich von der deutschen Regierung gemacht werden würde. Die letztere sei damals benachrichtigt worden, daß wenn der Vorschlag nicht ein gut Teil weiter gehe als der skizzierte, die englische Regierung den Vorschlag für nicht sehr fruchtbar oder gedenkenswert für den gegenwärtigen Augenblick halte.

Zu den Äußerungen des Unterstaatssekretärs McNeill im englischen Unterhause verbreitet Wolffs Bureau folgende offiziöse Erklärung:

Wenn der englische Unterstaatssekretär McNeill sich so wie oben gemeldet ausgesprochen haben sollte, so ist ihm entgangen, was die Reichsregierung bei ihrer Mitteilung an die fremden Regierungen und der Reichsminister v. Rosenberg im Auswärtigen Ausschuh des Reichstages zum Vorschlag des Staatssekretärs Hughes tatsächlich gesagt haben. Bei beiden Gelegenheiten ist

keine Bedingung gestellt,

sondern unter Hinweis auf die Wichtigkeit und Schwierigkeit des Räumungsproblems die Frage aufgeworfen worden, wie Deutschland Sicherheit dafür geschaffen werden könne, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt und vertragsmäßige Zustände im Rheinland wiederhergestellt werden.

Vergleicht man diese deutsche Richtigstellung mit der Erklärung des englischen Regierungsvertreters MacNeill, so findet man, daß damit eine neue Situation geschaffen ist. Die englische Regierung ist — aus welchen Absichten bleibe dahingestellt — von der falschen Auffassung ausgegangen, daß Deutschland vor der Räumung der neubesetzten Gebiete überhaupt Verhandlungen ablehnt. Nachdem dieser Irrtum aufgeklärt ist, muß sie sich logischerweise zum Ruhrproblem neu einstellen. Es sei denn, sie hätte nur Vorwände gesucht, um ihre bisherige passive Haltung zu rechtfertigen und würde jetzt neue suchen, nachdem ihr die alten genommen sind.

#### Die deutsche Denkschrift an Amerika.

London, 29. März. (E.E.) Reuters meldet aus Washington, der deutsche Botschafter übermittelt dem Staatssekretär Hughes die Denkschrift, die sich auf die Haltung Deutschlands in der Reparationsfrage bezieht. Man versichert, daß diese Denkschrift das amerikanische Projekt, das die Einsetzung einer internationalen Kommission bezweckt, die Deutschlands Zahlungsfähigkeit feststellen solle, berührt. Die Einsetzung dieser Kommission würde einen ersten Schritt zur Lösung der Meinungsverschiedenheit bilden, die zwischen Frankreich und Deutschland besteht. Die Denkschrift legt die Haltung Deutschlands etwa in derselben Weise dar, wie dies der Außenminister v. Rosenberg vorgestern vor der Reichstagskommission getan hat.

Die vorstehende Meldung trifft, wie wir hören, nicht zu. Es ist lediglich, wie vor einiger Zeit bereits erwähnt wurde, damals der Regierung der Vereinigten Staaten von der Auffassung der deutschen Regierung Mitteilung gemacht worden.

## Bayrische Krise des Rechtsradikalismus.

München, 29. März. (W.B.) In einer Versammlung in Amberg machte Abg. Held sehr bestimmte Ausführungen zur Lage in Bayern und beklagte, daß man nicht nur auf der linken, sondern auch auf der rechten Seite nicht das richtige Maß finde. Er erklärte nur solche Organisationen für berechtigt, die kein anderes Ziel haben, als Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Jede andere Organisation werde zu einer schleichenden, von Tag zu Tag größer werdenden Gefahr. Er warnte nenerdings vor Leuten, die in Bayern Politik treiben, aber keine bayerische, und wandte sich dann gegen jeden Versuch, eine neue Revolution herbeizuführen. Abg. Held lehnte alle Parteibestrebungen, die Gewalt als politisches Kampfmittel benutzen, ab und wies auch die nationalsozialistischen Kampfmethoden zurück. Auch die Korrespondenz der bayerischen Volkspartei verlangt klare Entscheidung darüber, ob man die bisher eingeschlagene Politik stützen wolle, oder in einem gänzlichen Wechsel der Methoden das Heil der Zukunft erblicke. Die Bayerische Volkspartei müsse klare Grenzlinien gegenüber Bestrebungen im Staate ziehen, die in Verletzung der tatsächlichen Lage Deutschlands ehrgeligen Plänen nachjagen, die dem Volke und dem Staate keinen Nutzen bringen könnten.

## Das Ergebnis der Dollaranleihe.

W.B. meldet: Die auf die Dollarschahenweisungen des Deutschen Reichs eingegangenen Zeichnungen liegen zwar noch nicht sämtlich vor, doch ist bereits festzustellen, daß der von den Banken garantierte Betrag zur Hälfte gezeichnet worden ist. Gemäß dem mit den Banken abgeschlossenen Garantievertrage hat eine Auffüllung des Zeichnungsbetrags bis auf 100 Millionen Goldmark zu erfolgen. Das Resultat entspricht dem, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen erwartet werden durfte und kann als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Ein sehr erheblicher Betrag (in Papiermark ausgedrückt einschließlich der Bankgarantie 500 Milliarden) geht aus der Privatwirtschaft auf die Reichsbank über und kommt dem Stützungsfonds für die Mark zugute. In Verbindung mit den übrigen Maßnahmen der Reichsbank, insbesondere mit der inzwischen erfolgten Uebertragung erheblicher unbelasteter Goldbestände nach dem Ausland wird die Stützungssaktion für die Mark auf eine bedeutend bessere Grundlage als bisher gestellt und Reichsregierung und Reichsbank werden in die Lage versetzt, die Stützungskraft fortzusetzen.

Eine Propagandareise für den Völkerverbund macht Lord Cecil durch Nordamerika. Cecil erklärte, er würde Amerika gegen im Völkerverbund sehen, desgleichen Deutschland und Sowjetrußland. Deutschland und Rußland würden seines Erachtens ausgeschlossen werden, wenn sie in geeigneter Weise darum nachsuchten.

## Das Recht auf Geburtshilfe.

### Preussische Organisation des Hebammenwesens.

Von Georg Renner.

Am 1. April 1923 wird das Gesetz über das Hebammenwesen in Kraft treten. Es bedeutet eine kleine Reform gegenüber dem jetzigen Zustand. Denn das „freie Spiel der Kräfte“ tobt sich hier noch ungehindert zum Schaden der Gebärenden und der Hebammen aus. Wie die Ärzte, so drängen sich auch die Hebammen in den Großstädten auf engem Raume zusammen. Sie bieten sich dadurch so starke Konkurrenz, daß nur wenige ein zum Leben ausreichendes Einkommen haben. Und wie die Bevölkerung auf dem Lande oft weit und breit keine ärztliche Hilfe erlangen kann, so können auch dort die Gebärenden vielfach keine Hebammenhilfe erhalten. Im Regierungsbezirk Königsberg beispielsweise haben sich im Jahre 1920 in manchen Kreisen bis zu 20 Proz. aller Geburten ohne fachkundige Hilfe vollzogen. Im Regierungsbezirk Allenstein fehlte sogar bei 42 Proz. aller Geburten jede Hebammen- oder Arzthilfe. Darin liegt eine Ursache, daß noch immer zahlreiche Frauen im Wochenbett sterben müssen oder in jahrelangen Unterleibsleiden dahinsiechen.

In diese Anarchie will nun das Hebammengesetz Ordnung bringen. Es bestimmt, daß jeder Frau in Preußen nach Maßgabe dieses Gesetzes Hebammenhilfe zusteht. Diese erstreckt sich auf die Beratung und Hilfe in der Schwangerschaft, Hilfe bei Störungen in der Schwangerschaft, Hilfe bei der Geburt, Versorgung der Wöchnerinnen im Wochenbett und der Neugeborenen, sowie auf Beratung über die Pflege und das Stillen der Kinder.

Dieses Recht auf Hebammenhilfe will das Gesetz den Frauen durch eine Rationierung der Hebammen sichern. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes werden die Stadt- und Landkreise in Hebammenbezirke oder Niederlassungsgebiete eingeteilt. Nach einem Ministerialerlaß vom 11. Juli 1922 sollen in Zukunft auf eine Hebamme entfallen: Unter städtischen Verhältnissen 2800 Einwohner, auf dem flachen Lande 2000 Einwohner, in der Stadt 60 bis 65 Geburten, auf dem Lande 40-50, höchstens 60 Geburten. Abgesehen von der fünfjährigen Uebergangszeit dürfen dann nur noch solche Hebammen praktizieren, die sich im Besitze eines Prüfungszeugnisses befinden und die Niederlassungsgenehmigung erhalten haben. Die Hebamme muß in dem ihr zugewiesenen Niederlassungsgebiet wohnen, darf aber auch über dessen Grenzen hinaus Geburtshilfe leisten. Da es auch zulässig ist, die Niederlassungsgebiete so einzuteilen, daß mehrere Hebammen sich darin niederlassen dürfen, ist den Frauen, die Hebammenhilfe suchen, eine Auswahl unter den Hebammen gesichert.

Einen beachtenswerten Fortschritt bringt die Bestimmung, die den Hebammen ein Mindesteinkommen garantiert. Wäre das Gesetz im Monat Februar 1923 schon in Kraft gewesen, so hätte das Mindesteinkommen z. B. in Berlin für diesen Monat 134 769 Mk. betragen, ohne die Kinderzulage.

Neben den Hebammen mit Niederlassungsgenehmigung sieht das Gesetz Bezirkshebammen vor. Diese unterscheiden sich von den ersteren dadurch, daß sie von den Kreisen als Beamtinnen auf Dienstvertrag angestellt werden. Das Gesetz sichert ihnen ein Mindesteinkommen und Ruhegehalt zu. Jedoch sind Bezirkshebammen nur dort vorgesehen, wo „das Bedürfnis eines Bezirks nach einwandfreier Hebammenhilfe nicht durch Hebammen gedeckt werden kann, die die Niederlassungsgenehmigung erhalten“. Sie sind also nur als Notbehelf gedacht.

Die Hebammen hatten seinerzeit für alle Hebammen feste Anstellung gefordert. Frau Schinkel, die Vorsitzende des gelben Preussischen Hebammenverbandes, stellte auf der Tagung dieses Verbandes am 16. Dezember 1921 in Köln mit Recht fest, daß 85 Proz. aller Hebammen hinter dieser Forderung stehen. Damit befanden sie sich im Einklang mit dem Befehlentwurf, der seinerzeit der Preussischen Landesversammlung vorlag und der nur durch die Sabotage der Rechten und der vorzeitigen Auflösung der Landesversammlung unter den Tisch fiel. Diesen Befehlentwurf hatte die sozialdemokratische Fraktion des gegenwärtigen Landtages als Antrag wieder aufgenommen. Die bürgerliche Mehrheit lehnte ihn aber ab. Dabei kam ihr zu Hilfe der Umfall der gelben Hebammen, die nach einem zarten Bink von reaktionärer Seite auf der gleichen Tagung in Köln die feste Anstellung zugunsten der Niederlassungsgenehmigung wieder preisgaben. Mit der Ablehnung der Beamteneigenschaft fiel natürlich auch die Altersversorgung der Hebammen.

Eine neue Einrichtung stellen die im Gesetz vorgesehenen Kreis- und Provinzialhebammenstellen dar. Sie sind es auch, die von allen Vorschriften des Gesetzes zunächst die Aufmerksamkeit auf sich lenken, weil die Paragrafen, welche die Errichtung der Hebammenstellen vorschreiben, bereits am 1. Februar 1923 in Kraft gesetzt worden sind. Dazu hat der Minister für Volkswohlfahrt am 22. Januar 1923 Ausführungsbestimmungen erlassen. Nach Gesetz und Ausführungsbestimmungen muß in jedem Kreise mindestens eine Kreishebammenstelle errichtet werden. Der Bezirk einer Kreishebammenstelle kann auch über die Grenzen eines Kreises hinausgehen, wenn das zweckmäßig erscheint.

Zusammengesetzt werden die Kreishebammenstellen aus 2 Hebammen, 2 Müttern, 1 Vertreter des Kreisarchives, in Stadtkreisen des Magistrats (in Berlin voraussichtlich des Bezirksamts), dem ausländigen Kreisarzt und 2 Vertretern der Krankenkassen. Die Berufung weiterer Mitglieder ist zulässig. Hierzu sagen die Ausführungsbestimmungen:



Als weitere Mitglieder kommen in erster Linie Frauen und Männer in Betracht, die auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, insbesondere auf dem der Fürsorge für Mütter und Säuglinge, größere Erfahrungen gesammelt haben und dieser Fürsorge besonderes Interesse entgegenbringen.

Die beiden Hebammen werden von den im Kreise wohnenden Hebammen gewählt. Die beiden Mütter vom Kreistag resp. von der Stadtverordnetenversammlung, in Berlin von der Bezirksversammlung. In beiden Fällen kommt das Verhältniswahlverfahren in Anwendung. Das gleiche trifft zu, wenn sich die Krankenkassen auf ihre zwei Vertreter nicht einigen können. Für alle Mitglieder sind in gleicher Zahl Erbsparnisse zu wählen.

Durch Kreis- bzw. Ortsversammlungen ist dann noch besonders zu bestimmen die Abgrenzung der Kreishebammenstellenbezirke, der Wahltermin, wer außer den im Gesetz bestimmten genannten Personen in die Kreishebammenstellen zu berufen ist usw.

Die Anträge der freigewerkschaftlichen Hebammen, die auch von der Sozialdemokratie im Landtage vertreten wurden, den Hebammenstellen beschließende Kraft einzuräumen, hat die bürgerliche Mehrheit ebenfalls abgelehnt. Die Hebammenstellen sind also nur gutachtliche Instanzen, und von ihrer Energie und Klugheit wird es abhängen, daß sie nicht nur Dekorationsstücke bleiben. Das gleiche gilt für die Provinzialhebammenstellen, die sich aus 3 Hebammen, 3 Müttern, 2 Krankenkassenvertretern, 1 Vertreter des Provinzialausschusses (in Berlin des Magistrats), 1 Regierungs- und Medizinalrat, 1 Direktor einer Hebammenlehranstalt oder einem Frauenarzt resp. einer Frauenärztin zusammensetzen.

Sollen die Hebammenstellen nicht dem Bürgertum allein überlassen bleiben, so müssen unsere Parteigenossen, insbesondere die Genossinnen, schon jetzt dazu Stellung nehmen und den Bezirksversammlungen in Berlin oder den Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen außerhalb Berlins zu gegebener Zeit die geeigneten Vorschläge machen.

## Kopferbrechen über die Berliner Konferenz.

Der Agentur „Est Europe“ zufolge veröffentlicht die Ausgabe des „New York Herald“ eine Meldung ihres Berliner Korrespondenten über die Beschlüsse der Berliner internationalen Sozialistenkonferenz. Um einen größeren Schein von Authentizität seinem Telegamm zu verleihen, hat der Berichterstatter sechs Punkte ausgezählt, die angeblich beschloffen worden sein sollten. Schon das allein beweist, daß der Korrespondent keine Ahnung von der tatsächlichen Form hat, in die die Ergebnisse der Berliner Besprechung zusammengefaßt wurden. Und was den Inhalt anbelangt, so beruhen seine „sechs Punkte“ ausschließlich auf Kombinationen.

### Sozialistische Kampfvorbereitungen für die Debatte.

Paris, 29. März. (W.T.B.) Die sozialistische Kammerfraktion hat gestern beschlossen, für die Debatte über die Ruhrpolitik bei der Beratung über die angeforderten Kredite sechs Redner zu bestellen. Abg. Debass wird über die wirtschaftliche Bedeutung der Besetzung, Roulet und Rogon werden über die öffentliche und die gewerkschaftliche Freiheit sprechen, Uhrq über die allgemeine Lage im Rheinland und im Ruhrgebiet, und Vincent Auriant über die Haltung der Regierung bei den zukünftigen Verhandlungen. Für die allgemeine Diskussion hält sich der Führer der Fraktion Blum bereit.

## Demokratie oder Diktatur?

### Der Kampf in der SPD.

Jedesmal, wenn wir seit dem Leipziger Parteitag der Kommunisten auf die sich immermehr zuspitzenden parteilichen Differenzen in dieser „einzigen Partei der Klarheit“ hingewiesen haben, zog die „Rote Fahne“ es vor, sich in Schweigen zu hüllen. Wechselseitige Parolen und tastendes Suchen nach neuen Wegen sind für den aufmerksamen Beobachter im Verhalten der SPD. deut-

## Einakterabend.

### Theater in der Kommandantenstraße.

Den Reigen eröffnete, zur Feier des 50. Geburtstags von Jakob Wassermann, dem eigenartigen Erzähler, seine sentimentalisch gefühlvolle Bauderei aus der Wiedererzählung „Geny und Fanny Elster“. Der mit dem österreichischen Minister Westermich eng liierte geistreiche Reaktionär übten Andenkens, der ergraute Freund und Wonne der jungen Tänzerin Elster, welche auf ihren Siegeszügen dann später einen Taumel des Enthusiasmus entsetzt, nimmt Abschied von dem reizenden Geschöpf, das seinem einsam alten Herzen noch einen letzten Traum von Jugendillusionen gespendet hat. Ueberlegen spottend, seines Glückes sicher, weist er Verdacht und Warnungen zurück, bis sie ihm selbst erzählt, daß sie ein neuer Pfeil des Liebesgottes getroffen. Ein junger schöner Mann, der sie als Partner auf ihrer Fahrt begleiten soll, hat es ihr angetan. Erschrockt hört er das an. Aber kein Wort entäußert jüngerer Eifersucht dringt ihm über die Lippen. Seine ästhetisch weltmännische Kultur hält jeden Ausbruch des Affekts, ja jeden Ton der Bitterkeit zurück. Es ist ja doch nur selbstverständlich, daß der Mann seinen Pflichten nachzukommen muß! In darbar zärtlichem Gedachten an das, was ihre Liebe ihm gewesen, fügt er sich in das Unermeidliche. Die seine Seelenzeichnung Wassermanns kam in der Darstellung Friedrich Lohes aufs Glücklichste zum Ausdruck. Wärmendes Empfinden verband sich mit weitsichtiger Klugheit, Alter mit noch geschmeidigem Charme.

Das zweite Stückchen „In ewigkeit Amen“ von dem Desterreicher Wildgans, dem Verfasser der „Armut“, bringt ein Verhör, das, an Szenen aus Brieux schlagkräftigen Tendenzstück „Die rote Robe“ gemahnend, erschütternde Anklage wider richterliche Verblendung und Herzlosigkeit erhebt. Friedrich Lohes als armer Mann, den seine hochwürdige Zimmervermieterin, eine Dirne, des Mordversuchs bezichtigt, wirkte auch hier im gleichen Maße überzeugend echt wie vorher in der Gestalt aus Weltmanns Rolle. Aus jedem Worte, jeder Miene sprach die Unschuld des böswillig Verdächtigten, der sich dann in einer schlau gelegten Schlinge seines undarmherzigen Inquisitors verfangt. Sehr markant war auch das ordinäre hiesige Frauenzimmer durch Hanna Sann, ihr brutal bornierter Kellnergatte Reinhardt Norden und der bis zum Sanktismus entmenschte Untersuchungsrichter durch Herr Baldermann vertreten. Das Ganze entwickelte sich in spannend geschichteten, durch eine Fülle naturalistisch gut gesehenem Detail belebten Aufbau.

Als heiterer Abschluß folgte eine neue kleine Komödie Hermann Bahrs „Der Selbige“, die das Thema von der Rückkehr des totgeglaubten Chemanns, der seine Stelle bei der Frau besetzt findet, ins Lustig-humoristische variiert. Nichts von Anklagen und Kämpfen, die man erwartet; Zwischen dem von der resoluten

sche Symptome der Unsicherheit, mit der die Kommunisten den Übergang von ihrer alten revolutionären Phraseologie zur realpolitischen Vertretung der Arbeiterinteressen nur langsam und unsicher finden. Daß der politische Rückzug der Kommunisten, mindestens ihrer offiziellen Parteileitung, von dem notwendigen Theaterdonner des Geschimpfes über die Sozialdemokratie begleitet wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses künstlich erregte Geschrei nur die eigenen Anhänger täuschen und beschwichtigen soll. Seitdem die Zentrale der Berliner Organisation die „Rote Fahne“ gesperrt hat, sind die scharfen Gegensätze in der SPD. vorübergehend nicht an die Öffentlichkeit getreten. Jetzt plägen auf dem Bezirksparteitag in Rheinland-Westfalen die Geister erneut und noch heftiger als auf dem Leipziger Parteitag aufeinander. Klara Zeilin hielt für die Zentrale das Referat. Interessant ist es, daß sie vor einer Kontrolle der Gruben und Einrichtung von Arbeiterwehren mit Genehmigung und dem Segen des französischen Imperialismus warnte. „Was 1871 gegen die Kommunisten geschehen ist, das würde geschehen, wenn die Besetzung der Gruben und Uebernahme der Produktion usw. zu Kämpfen gegen die deutsche Bourgeoisie führen würde (1)“. Die Partei müsse sich auf Lösungen für das gesamte Proletariat beschränken, wie den Kampf gegen die Teuerung, den Kampf gegen den Hunger, Kampf für Kohlenverteilung usw. Erfüllungspolitik sei eine bittere Notwendigkeit, solange die Häufte des Proletariats den Vertrag von Versailles nicht zerreißen. Befordert werden müsse Sachwertverfassung, Aenderung der Steuererhebung usw.

Für die Opposition war Ruth Fischer als Korreferentin erschienen; sie griff die Politik der kommunistischen Partei auf das Schärfste an. Die „Rote Fahne“ berichtet darüber folgendes:

Von dieser Anschauung ausgehend, verwarf die Genossin Fischer vollkommen die Taktik der Partei nach dem Leipziger Parteitag, sowohl in der Stellung zur Frage der Arbeiterregierung im allgemeinen, der Taktik der Partei in Sachsen im besonderen, als auch der Taktik der Partei zum Ruhrkonflikt.

Die Partei näherte sich immer mehr der SPD. und es gälte, den Kampf für die Aufrechterhaltung der SPD. als kommunistische Partei zu führen. Die Partei sei in größter Gefahr, liquidatorische Tendenzen überwiegen zu lassen. Eine Koalition mit der SPD. komme in einer Arbeiterregierung unter keinen Umständen in Frage. Die Taktik in Sachsen sei falsch. Man hätte den Kampf für den Betriebsrätekongreß nicht aufgeben dürfen, sondern ihn entweder durchsetzen müssen oder aber der SPD. sagen sollen: „Halt Euch selbst aus dem Dreck. Ihr habt die Verantwortung.“ Eine offene Stinnes-Koalition sei die beste Voraussetzung der Herausbildung einer kommunistischen Massenpartei. Dann vertritt Genossin Fischer zur Ruhrkampagne die Forderung der Kontrolle der Produktion und die Besetzung der Betriebe im Ruhrgebiet, und die Bildung von Ortswehren im besetzten Gebiet, dort, wo von den Franzosen die deutsche Schupo vertrieben worden ist.

Ganz enfeist teilt die „Rote Fahne“ mit, daß Ruth Fischer ihre anarchistischen Parolen in die Debatte geworfen habe, „obwohl die Zentrale der Partei wie auch Bezirksleitung und Bezirksauschuss im Ruhrgebiet sie einmütig wiederholt abgelehnt hatten.“ Ruth Fischer bezeichnete die Genossen der Mehrheit als „Freunde der Demokratie“ und schloß ihre Rede mit der Drohung:

„Es kommt der Tag, wo alle Genossen hinter uns stehen und die hinauswerfen, die auf dem Boden der Demokratie stehen und mit der Weimarer Verfassung liebäugeln.“

Wie stark die Opposition bereits geworden ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die Abstimmung zugunsten der Mehrheit mit 68 gegen 55 Stimmen stattfand. Die Instanzen bzw. die „Bonzen“ wurden nach praktischen Gesichtspunkten wiedergewählt, so daß die Mehrheit in allen maßgebenden Körperschaften über eine sichere Mehrheit verfügt. Der Opposition wurde angedroht, daß „jede etwa in Erscheinung tretende organisatorische Zerlegung der Partei durch die Opposition selbstverständlich mit allen Mitteln überwunden werden müsse.“

Die panamerikanische Konferenz, besichtigt von sämtlichen Regierungen Amerikas, Zweck Festigung des Zusammenhaltens aller amerikanischen Staaten, tagt gegenwärtig in Santiago de Chile.

Marie Behringer mit einem Morienstein der Erinnerung verklärten Vorgänger und dessen Nachfolger vollzieht sich alles in herzlicher Gemütlichkeit. Sie kennen beide aus eigener Erfahrung auch die Schattenseiten ihres Eheglückes und sind nicht sonderlich erpicht darauf. Das rollte sich im flotten Spiele der Herren Richard und Krüger und Hanna Sanns höchst munter und ergötzlich ab. Am Ende ist Mariens nachträgliche Schwärmerei für ihren Ersten doch so glütvoll, daß dieser Feuer fängt und seine Aemter wieder antritt. Ein wohlgeklungener bunter Abend, der für Herrn Poell als Direktor wie als Regisseur gute Hoffnungen weckt.

Conrad Schmidt.

„Die schöne Rivolta“. Ueber die Bühne des Rollendorfertheaters wirbelt ein blonder Schopf, ein teures, schnippiges, verliebtes Ding, ein aus Tollheit und Sehnsucht gemischtes, charmanter Kind; Emma Sturm. Sie hilft der neuen Sommeropere auf die Beine, an denen man sich nicht satt sehen will. Sie beherrscht den Kaschemmenten wie die verzierte Salonprache und macht alles Gute und Böse mit dem Reize ihrer blendenden Zähne besser. Sie, die schöne Rivolta, ist der Erfolg. Und etwa noch der jugendhaft liebe Frig Schütz, der ein großer Spieler und sanfter Tänzer ist. Vilein mit der Ausgelassenheit seiner Trötelpfeife und mit der Grazie, die er in seine vorgeäußerte Gelenkigkeit hineinlegt. Alles andere geht und tanzt und schwagt mit, die Kompanier mit Rollen und Loben.

Das Grundthema wird so angelegt, daß man glaubt, Doris, die Pflanztochter des Tavernenbesizers Glasen, sei eine wirkliche Gräfin, die in ihr angebornes Milieu versetzt, sich zurückziehen wird nach Matrosen, Kneipstuben und Tanz; also etwa die Tragödie von „Wieze und Marie“. Ihre Herkunft und Art wird aber nicht enthüllt. Nach Geminnung und Temperament gehört sie zu Bill dem schönen Seemann. Sie liebt ihn auch, aber sie heiratet den Grafen Alfonso, der ihr kurz vor seiner Heirat mit der Baronin Einor eine köstliche Liebesnacht versprochen hatte. An zwei entzückenden Stellen wird das Publikum also irreführt, und der Terzibücher Donkowski versucht uns einzureden, daß eine Exposition nur dazu da ist, um vergessen zu werden. Auch holt er sich aus der „Madame Sans Gêne“ noch das alte Motiv, ein kleines proletarisches Mädel zu einer großen Dame zu machen. Aber bei dieser Prozedur kommen hier nicht einmal Frau v. Bolla-Biße heraus und die Intrige der schönen Baronin verfaßt. Viel gelacht wird nicht, da auch dem Gesangstiege von Will Steinberg Pointen fehlen.

Der Komponist Hans S. Liné ist nach Aussehen ein Mittel-europäer, nach Geruch ein Amerikaner, nach der Musik ein All-weltmenschen. Sehr gut gelungen ihm kleine sentimentale Liedchen, auch die Chöre mit eingestreuten Quartetten bewährten Nivau. Die allgemeinen Operettenschlager sind Schläge ins Wasser; in dem Ton ist das Klischee mit dem genugsam bekannten febrilen Rhythmus und mit den geschlagenern Zwischenstücken charakteristisch, doch nicht charaktervoll getroffen. Ein paar mihige Orchesterpointen lassen daran denken, daß weniger kitschige Texte dem Musikmann stärker animeren könnten. K. S.

## Arbeiterordnungsdienst in Leipzig.

Am Dienstagabend hat die Bezirksparteileitung in Leipzig unter Mitwirkung von Vertretern aller Kreisorganisationen des Leipziger Bezirks und in Anwesenheit eines Wiener Genossen erneut Stellung zu dem Problem „Sozialdemokratischer Ordnungsdienst“ genommen. In eingehenden sachlichen Beratungen, in denen besonders die Frage erörtert wurde, ob mit der SPD. gemeinsam Einrichtungen geschaffen werden sollen oder in welcher Weise gegebenenfalls ein planmäßiges Zusammenarbeiten mit dem Ordnungsdienst der SPD. geschehen kann, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Im Bezirk Leipzig der SPD. wird ein „Sozialdemokratischer Ordnungsdienst“ gebildet, der sich ausschließlich aus Parteigenossen zusammensetzt. Zweck des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes ist:

1. Leistung des Ordnungsdienstes bei allen Demonstrationen und Versammlungen der SPD. und der Gewerkschaften unter freiem Himmel.
2. Schutz der Partei- und Gewerkschaftsversammlungen gegen jedwede Störung.
3. Schutz des Eigentums und der Einrichtungen der Partei und der Gewerkschaften gegen Ueberfälle putzchristlicher Elemente.
4. Im Bedarfsfalle stellen sich die Mitglieder des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes den Organen der Republik zur Verfügung zu dem Zweck, im Zusammenwirken und unter Leitung der staatlichen Polizeikräfte, die vorerst zum Schutze der Republik bestimmt sind, alle gewalttätigen und ungeheuerlichen Angriffe gegen die Republik abzuwehren.

Ueber den Aufbau des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Gliederung des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes erfolgt in Anlehnung an die Gliederung der Parteioorganisation. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes werden in zweckentsprechender Weise kenntlich gemacht. Alle Mitglieder unterliegen der schärfsten Disziplin ihrer Leiter.
  2. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes müssen eine mindestens dreijährige sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit nachweisen. Das Mindestalter soll 24 Jahre betragen. Ausnahmen hiervon können die Parteifunktionäre gestatten.
  3. Die Leiter werden von den Mitgliedern des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes gewählt, doch bedürfen sie der Bestätigung durch die Parteileitung.
  4. Verhaltensmaßregeln und sonstige Institutionen erläßt die oberste Leitung, die im Einverständnis mit den Leitern, des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes Groß-Leipzig von der Bezirksparteileitung der SPD. gebildet wird.
- Der Zweck des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes ist, Gewalttätigkeiten zu verhindern und unmöglich zu machen. Deshalb darf sich auch kein Mitglied des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes an irgendeiner provokatorischen Handlung beteiligen. Wer sich gegen die Disziplin vergeht, wird aus dem sozialdemokratischen Ordnungsdienst ausgeschlossen. Um gegebenenfalls ein planmäßiges Zusammenarbeiten mit dem Ordnungsdienst der SPD. zu ermöglichen, wird der Bezirksvorstand beauftragt, mit der Parteileitung der SPD. in Verbindung zu treten und entsprechende Abmachungen zu treffen.

## Baden gegen die Deutschvölkischen.

Karlsruhe, 28. März. (W.T.B.) Der Minister des Innern hat auf Grund des Befehles zum Schutze der Republik die Deutschvölkische Freiheitspartei im Freistaat Baden verboten und die bestehenden Ortsgruppen aufgelöst. Das in Baden befindliche Vermögen der aufgelösten Vereinigung wurde beschlagnahmt.

Staatssekretär Göhre tritt zurück. Genosse Paul Göhre, der seit der Revolution dem preussischen Staatsministerium als Staatssekretär angehört, scheidet aus Gesundheitsrücksichten aus seinem Amte aus und tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird, wie schon kurz berichtet, der bisherige Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Geheimrat Weismann.

Der Erfinder der Thermosflasche. Professor James Dewar, dessen Tod bereits gemeldet wurde, gehörte zu den Gelehrten, deren Name in Bairen wenig oder gar nicht bekannt ist, obgleich sie auf ihrem Gebiet wichtige Entdeckungen gemacht haben. Selbst eine so wichtige Erfindung wie die Thermosflasche, deren Gebrauch heute bei allen Kulturvölkern zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens gehört, hat keinen Namen über die Sprachgrenze hinaus nicht bekannt werden lassen. Freilich handelt es sich bei diesem Gebrauchsgegenstand nur um die praktische Ausbarmachung einer ursprünglich zu ganz anderen Zwecken gemachten Erfindung, noch dazu eine, die lediglich auf der Anwendung eines sehr einfachen und längst bekannten physikalischen Prinzips beruht. Professor Dewar, der sich mit der Verflüssigung von Gasen beschäftigte, bedurfte zur Aufbewahrung der verflüssigten Gase mit ihrer abnorm niedrigen Temperatur eines besonders gut isolierenden Gefäßes und so konstruierte er eine Flasche, die aus zwei durch einen luftleeren Zwischenraum getrennten Glasschalen bestand. Der luftleere Zwischenraum diente als denkbar schlechtester Wärmeleiter. Um die von außen auftretenden Wärmestrahlen zurückzuwerfen, verjah er die Flasche innen noch mit einem Metallspiegel. Die gewöhnliche Thermosflasche, von der heute ungezählte Millionen im Gebrauch sind, ist auf Grund dieses Prinzips konstruiert.

Die Engländer haben gelegentlich seines Ablebens Dewar auch die Erfindung des rauchlosen Pulvers zugeschrieben; aber das ist insofern irrig, als Dewar zwar, zusammen mit Abel, im Jahre 1891 einen rauchschwachen Sprengstoff, Cordite, erfunden hat, aber er war keineswegs der erste, der ein rauchschwaches Pulver hergestellt hat. Zur allgemeinen Einführung gelangte das rauchschwache Schießpulver erst, als im Jahre 1886 Biele ein deutsches Pulver erfunden hatte, das aus in Aether gelöster Schießbaumwolle und Pikrinsäure bestand und alsbald im französischen Heer zur Einführung kam.

Der Rekordflug einer Taube. Eine erschöpfte Taube, die in New York gefunden wurde, führte eine Postkarte des Naturforschers Edmund Heller mit sich, der sich auf einer Studienreise im Yellowstone-Park befindet. Der Gelehrte teilte mit, daß er sich in den Hoodoo-Bergen verirrt habe, um' bat um Hilfe. Die Nachricht war an seinen Kollegen Singer in New York gerichtet, der sofort telegraphisch eine Hilfsperdition in Bewegung setzte. Die Taube, die Singer als ein von ihm zusammen mit Heller gezüchtetes Tier erkannte, hatte eine Rekordleistung vollbracht. Die Entfernung vom Yellowstone-Park nach New York betrug rund 3200 Kilometer. Die Taube brauchte zu dieser Strecke nach einem Bericht der „Mishou“ fünf Tage; sie legte also durchschnittlich täglich 640 Kilometer zurück.

Im Neuen Volkstheater kann die Premiere von Emilia Galotti heute abend nicht stattfinden, da Fräulein Rany plötzlich erkrankt ist. Die Aufführung wird deshalb Anfang nächster Woche nachgeholt.

„Der Dieb des Glückes“, eine Oper von Bernhard Schuler hatte im Wiesbadener Staatstheater, wenige Tage vor dem Brande, einen durchschlagenden Erfolg, der dem Berliner Komponisten die Bahn für sein eigenartig neues Werk in andere Städte Deutschlands frei machen dürfte.



## Amtliche Wohnungsvermittlung.

In Groß-Berlin gibt es bekanntlich eine Reihe von Existenzen, die sich ausschließlich mit Wohnungs-„Vermittlungen“ befassen, sich dafür meist recht erhebliche „Provisionen“ zahlen und dann gewöhnlich den lieben Gott einen guten Mann sein lassen. Seltener versuchen einige wenigstens sogenannte „zwangswise Ausbauwohnungen“, natürlich auch nur gegen ansehnliche Zuschüsse, zu besorgen. Um solchen dunklen Elementen etwas das Wasser abzugraben, hat bisher ein einziges Groß-Berliner Wohnungsamt, nämlich das Lichtenberger, neben dem offiziellen Wohnungsnachweis für die zwangsbewirtschafteten Wohnungen eine Vermittlungsstelle für die der Zwangswirtschaft nicht unterliegenden Wohnräume errichtet; sie steht dort bereits seit nicht ganz 7 Monaten. Berücksichtigt werden nur eingetragene Wohnungsfuchende des Bezirkes Lichtenberg bzw. Groß-Berlin. Streng genommen brauchte das Wohnungsamt sich dieser Vermittlungstätigkeit nicht zu unterziehen; aber im wohnungswirtschaftlichen Interesse hat das Wohnungsamt Lichtenberg seinerzeit, als von den Zentralkomitees der Ausbau von Dachgeschossen unter Hinzuziehung kapitalkräftiger Wohnungsuchender empfohlen wurde, diesen Gedanken in dem eingangs erwähnten Sinne ausgebaut. Es ließ sich hierbei von folgenden Tatsachen leiten:

Würde z. B. der bauaufstige Siedler einen Baukostenzuschuß nicht erhalten, so könnte er seine Bauabsichten nicht oder wenigstens in absehbarer Zeit nicht ausführen, seine Stadtmiete also nicht aufgeben. Dadurch, daß ihm nun ein baukostenzuschußgebender Wohnungsfuchender vermittelt wird, wird nicht nur eine Wohngelegenheit neu geschaffen, sondern auch der Wohnungsmarkt durch einen sonst anderweitig zu berücksichtigenden kapitalkräftigen Wohnungsfuchenden zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Kreise entlastet. Es wird also hier eine durchaus soziale Arbeit verrichtet, die mindestens zwei Parteien Gutes bringt, wohnungswirtschaftlichen Vorteil schafft, ohne auch nur im entferntesten irgend jemand zu benachteiligen. Hat also ein eingetragener Wohnungsfuchender bei der Waffe der vorliegenden Eintragungen wenig Aussicht auf Erhalt einer Wohnung im Wege der Zwangszuweisung, dann besteht immer noch die Möglichkeit, daß ihm das Wohnungsamt gegen Gewährung des benötigten Baukostenzuschusses an einen bauaufstigen Siedler dessen dafür freizumachende Stadtmiete vermittelt.

Es liegt auf der Hand, daß vom Wohnungsamt nicht verlangt werden kann, diese immerhin nur besonders interessierten Parteien zusammenkommende Tätigkeit ohne Entgelt auszuführen. Es wird also für diese Tätigkeit eine mäßige Gebühr erhoben, die aber in keinem Verhältnis zu den von nichtamtlichen Vermittlern geforderten Provisionen steht. Würde das Wohnungsamt auf seine Vermittlungsgebühr verzichten, müßten mindestens die Selbstkosten der Vermittlungsstelle der Allgemeinheit aufgebürdet werden, was sich nach Lage der Sache unter keinen Umständen rechtfertigen ließe.

## Das Enoch-Arden-Problem.

### Ein Ehepaar unter der Anklage der Bigamie.

Der ungewöhnliche Fall, daß ein Ehepaar sich gemeinsam wegen Bigamie zu verantworten hat, beschäftigte, wie aus Leipzig gemeldet wird, jetzt das Reichsgericht. Angeklagt sind der Genossenschaftsbeamte Georg Heider und Frau Clara Heider, bisher verehelichte Wohnknecht.

Frau Heider hat im Jahre 1889 den österreichischen Staatsangehörigen Wohnknecht geheiratet. Die Ehe gestaltete sich aber sehr unglücklich, da Wohnknecht seine Frau oftmals mißhandelte. Wegen eines Revolterangriffs auf sie wurde er schließlich zu Gefängnis verurteilt und nach der Strafabbüßung als löstiger Ausländer aus Deutschland ausgewiesen. Frau Heider strengte nun gegen ihn die Ehescheidungsklage an. Diese hatte aber keinen Erfolg, weil ihr Mann katholisch war, und die Ehe deshalb nach dem österreichisch-bürgerlichen Beschuld nicht geschieden werden konnte. Nachdem Frau Heider 12 Jahre lang von ihrem Mann nichts mehr gehört hatte, lernte sie den jetzigen Mitangeklagten kennen und ging mit ihm eine neue Ehe ein. Bei den Aufgebotsverhandlungen vor dem Standesamt verschwiegen beide die erste Ehescheidung der Frau Heider; sie wurden dann auch getraut. In der Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I Berlin hatte der Staatsanwalt den Tatbestand der Bigamie als gegeben erachtet und gegen beide Angeklagte sechs Monate Gefängnis beantragt, während R. A. Harry Pincus ausführte, daß er auf Grund der eingezogenen Ermittlungen aus der Heimatstadt Wohnknechts, Borgo bei Trient, die Ueberzeugung erlangt habe, daß Wohnknecht nicht mehr am Leben sei. Eine Verurteilung könne nur erfolgen, wenn der Gegenbeweis erbracht werde, daß der erste Mann noch lebe. Die Strafkammer hatte sich dieser Auffassung angeschlossen und die Angeklagten freigesprochen. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht eingeleitet und geltend gemacht, daß die Angeklagten die Ehe erst hätten schließen dürfen, nachdem der Mann im Wege des Aufgebotsverfahrens für tot erklärt worden war.

Diese Rechtsfrage, die u. a. auch in der Literatur das berühmte Enoch-Arden-Problem behandelt hat, wird nun vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts endgültig entschieden werden.

## Ein neuer Kahardt-Prozess.

Im Mai wird voraussichtlich ein neuer Prozess gegen den früheren Ehrenobermeister der Berliner Handwerkskammer Karl Kahardt beginnen, der in seinem Umfang dem ersten Verfahren gegen Kahardt kaum nachstehen dürfte. Es handelt sich dabei um eine Anklage wegen angeblich strafbaren Ankaufs von Heeresbeständen. Das Urteil des ersten Prozesses gegen Kahardt und Gen. ist übrigens am letzten Mittwoch, also nach drei Monaten, den Angeklagten zugestanden worden. Die Verteidigung hat gegen dieses Urteil bekanntlich Revision eingeleitet, die sich auf die Verletzung wichtiger prozessualer und materieller Bestimmungen stützt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Unbenutzte Wohnräume gibt es in Berlin öfter, als mancher Wohnungsfuchende glauben wird. Zu dem kürzlich von uns aus dem Hause Kottbenerallee 54 mitgeteilten Fall kommt ein neuer, der uns gleichfalls aus der Kottbener Vorstadt, aus dem Hause Ruppiner Straße 22, gemeldet wird. Seit über zwei Monaten ist dort die Hälfte einer Wohnung unbenutzt, deren bisherige Mieterin etwa Mitte Januar starb. Ein schon früher als Untermieter aufgenommenes Ehepaar, das von außerhalb nach Berlin gekommen war, bewohnte die andere Hälfte und hat sie auch nach dem Tode der Hauptmieterin behalten. Die von der Hauptmieterin bewohnte Wohnungshälfte wurde sofort nach dem Tode von den Verwandten ausgemietet und freigemacht, aber auf den Einzug eines neuen Mieters ist bisher vergeblich gewartet worden. Das erregt begrifflicherweise große Bewunderung und starke Unzufriedenheit bei den vielen Wohnungsfuchenden, die sich seit Monaten und Jahren vergeblich um ein Quartier bemühen.

Die Affäre des Potsdamer Oberbürgermeisters Vosberg hat, wie uns mitgeteilt wird, eine entscheidende Wendung genommen. Der von der Stadtorbiterordnetenversammlung eingeleitete Untersuchungsausschuß hat der Stadtorbiterordnetenversammlung Bericht erstattet. Auf Grund des gegen den Oberbürgermeister vorliegenden schwerwiegenden Belastungsmaterial hat die Stadtorbiterordnetenversammlung einstimmig beschlossen, bei dem Regierungspräsidenten die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Oberbürgermeister zu beantragen. Außerdem ist wegen anderer schwerer Verfehlungen gegen den Oberbürgermeister Strafanzeige bei der Potsdamer Staatsanwaltschaft erstattet.

# Abrechnung mit den Kommunisten.

Der Bezirksverband der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hatte gestern abend eine öffentliche Versammlung in der „Königsplatz“ einberufen, in der der Reichstagsabgeordnete Genosse Franz Künstler über das Thema: „Sozialdemokratie und kommunistische Partei“ referierte.

In Woffen waren die Anhänger unserer Organisation herbeigeeilt, um so zu zeigen, daß sie sich nicht länger mehr der Verfallungsterror der Kommunisten gefallen lassen. Mitglieder der SPD, hatten sich ebenfalls eingefunden, darunter auch der kommunistische Abgeordnete Paul Hoffmann, der trotz der standlosen Vorgänge in den Andreas-Festlofen hier beim Bureau der gestrigen Versammlung verlangte, daß man einem Vertreter der SPD, ein Korreferat zubilligen solle, sonst könne er nicht für einen ruhigen Verlauf der Versammlung garantieren. Das Bureau lehnte selbstverständlich dieses Ansuchen ab, billigte aber dem Sprecher der SPD, eine halbe Stunde Redezeit zu. Es sei gleich eingangs erwähnt, daß es den erschienenen Kommunisten nur darauf ankam, diese Versammlung zu sprengen. Mit welcher Unerschrockenheit diese Leute vorgehen, sieht man daran, daß sie im Saale versuchten, ein Plakat anzubringen, und zwar unweit der Bühne, worauf stand: **Maler! Hier!** Diese zwei Worte waren ein verabredetes Zeichen, das soviel heißt wie: **Stoßtrupp hier!** Während Genosse Künstler sprach, sammelten sich im Vorraum des Saales größere Mengen kommunistischer Radikale, die dann den Vorraum mit flacker Ringe räumte. Hierbei ließen sich die Kommunisten zu Gewalttätigkeiten hinreißen und drangen mit Dreikantfeilen und Messern auf die Polizeibeamten ein. Es sei hier also ausdrücklich festgestellt, daß der Besitzer des Restaurants die Schupo gerufen hatte, und nicht, wie die „Rote Fahne“ heute früh in ihrer bekannten Lügenmanier meldet, die Versammlungsleitung. Als Genosse Künstler, umgeben von schützenden Genossen, die Straße betrat, standen an verschiedenen Stellen Kommunisten, um die Sozialdemokraten mit Schimpfanreden zu empfangen. In der Andreasstraße versuchte man einige Male einen Angriff auf Genossen Künstler vorzunehmen, was aber dank der ihm umgebenden Begleiter nicht gelang. Nachdem der Referent in Sicherheit war, entwickelte sich am Andreasplatz eine wilde Schlägerei. Halbwüchsige kommunistische Burchen drangen feige auf einzelne Genossen ein, um so die Einheitsfront herzustellen. Die Schupo nahm hierbei einige der halbwüchsigen Jungen fest. Diese Methode des „geistigen Kampfes“ ist es, die bei der gesamten sozialistischen Arbeiterklasse die schärfste Beurteilung finden muß. Die sozialdemokratische Arbeiterklasse hat es seit bekommen, sich von unverschämten Bäumen, die sich „Kommunisten“ nennen, und durch ihr Verhalten einen Namen schänden, der mit der Geschichte der Arbeiterbewegung auf das engste verknüpft ist, noch fernerhin in der pöbelhaftesten Weise terrorisieren zu lassen.

Wenn die „Rote Fahne“ in ihrer heutigen Morgenausgabe ein lässliches Gerummel anstimmte, das so recht die Abfuhr, die ihren Anhängern zuteil geworden ist, erkennen läßt, und unter anderem sich darüber beklagt, daß ihr „ruhiger und besonnener“ Genosse Karl Bänisch verlegt wurde, so muß hier festgesetzt werden, daß sich die „Ruhe und Besonnenheit“ dieses Herrn am Mittwoch, den 21. März, darin zeigte, daß er sich in hervorragender Weise bei dem Angriff auf Genossen Künstler betätigte. Wer Schlägereien provoziert, darf sich nicht wundern, wenn er statt des anderen die Prügel kriegt.

Der Referent **Genosse Franz Künstler** führte zu dem Thema aus: **Kämpft die deutsche Republik gegenwärtig ihren schwersten Existenzkampf, so nicht minder die deutsche Arbeiterklasse. Wie sich die Verhältnisse heute bei uns in Deutschland gestaltet haben, ist die Republik und die Arbeiterklasse auf Seid und Verderben miteinander verbunden. Nicht deshalb, weil wir in der deutschen Republik die Erfüllung unseres Endzieles erblicken, sondern in der Erkenntnis, daß die Republik mit all ihren Fehlern und Schwächen für das kämpfende Proletariat ein günstigerer Kampfesboden ist, als es ein irgendwie gestalteter Obrigkeitstaat sein kann.**

Wit welchem Recht magt sich denn die SPD, an, sich als Schulmeisterin unserer Partei auszugeben? (Sehr wahr!) Genossen, es muß hier einmal ein offenes Wort gesprochen werden, ein weiteres Schweigen wie bisher zu den Verleumdungen der Kommunisten müßte sich an unserer Partei und an der gesamten Arbeiterklasse schwer rächen. Wir können und dürfen die

**Schmähungen und Beschimpfungen** nicht weiter über uns ergehen lassen. Wir müssen in Berlin aus unserer bisherigen Reserve heraus, die lediglich diktiert war von Langmut und einem falsch verstandenen proletarischen Ehrgefühl. (Sehr richtig!) Das sind wir uns und unserer Sache schuldig, der wir alle gemeinsam dienen wollen. Die Kampfsmethoden der Kommunisten, in ihrer Presse und in den Versammlungen distanzieren nicht nur die kommunistische Partei, damit können wir uns so schließlich zufrieden geben, sondern das gefährliche ist, die ganze Arbeiterbewegung verliert jede Anziehungskraft auf die Hunderttausende, die noch dem proletarischen

Freiheitskampfe fernstehen und doch gewonnen werden sollen. Aber werden unterschiedliche Auffassungen zum Austrag gebracht in Ton und Art, wie es tagtäglich in dem geistig führenden Blatt der kommunistischen Partei in Berlin, in der „Rote Fahne“, geschieht, dann sinkt die Arbeiterbewegung auf ein Niveau herab, daß es dem Uneingeweihten nicht mehr möglich ist, den Unterschied zu erkennen, ob das die Arbeiterbewegung, die Bildnerin einer neuen Zeit oder ein zügelloses Heule, bar jeden geistigen und idealen Inhaltes ist. (Stürmisches sehr richtig!) Statt sich der großen Aufgabe und Verantwortung bewußt zu werden, die auch die SPD, hat, wird in einer Zeit, wo das Proletariat einen schweren Existenzkampf zu führen hat, zu 90 Proz. in dem der kommunistischen Presse zur Verfügung stehenden Raum auf die Sozialisten, „auf die Agenten des Kapitals“, losgeschlagen.

Dies hat zu einer **Verwilderng der Kampfeslinien**

geführt, die nicht nur zu beklagen, sondern aus politischen und vor allem moralischen Gründen zu bekämpfen ist, und zwar, weil unter den Praktiken der SPD, die proletarische Moral schon den allerhöchsten Schaden erlitten hat. Darum ist es an der Zeit, energisch zu dem Treiben der Kommunisten Stellung zu nehmen, auf daß die Arbeiter, auch die Anständigen unter den Kommunisten, erkennen, wohin der Weg führt, wenn nach wie vor eine Heße betrieben wird, die mit Politik und Wahrnehmung von Arbeiterinteressen nicht das geringste zu tun hat. Statt dem Gebot der Stunde zu folgen, und dem Proletariat mit geschlossener Kraft und von einheitlichem Kampfeswillen besetzt, in seinem schweren Kampfe beizustehen, sehen die Kommunisten ihre „vornehmste“ Aufgabe darin, nicht gerechtfertigte Angriffe auf die Sozialdemokratie zu richten. Wenn wir uns heute mit der kommunistischen Partei beschäftigen müssen in einer so ernsten und unheilungswahnen Zeit, so deshalb, weil es für die Berliner Arbeiterklasse unerträglich geworden ist, daß mit ihren Lebensinteressen die Kommunisten Schindluder treiben.

Ist die SPD, überhaupt in der Lage, eine proletarische und sozialistische Politik zu treiben? Die Agitation und Propagandaarbeit der SPD, dient nicht der Aufklärung der Arbeitermassen und begeistert sie nicht für ein großes und heiliges Ziel. Diese infame Heße gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer ist mit all den niedrigen Beschimpfungen und Verleumdungen die Art blind gewordener Kleinbürger und Spießer.

Was zieht denn solch eine „Entloerung“, um im Jargon der „Rote Fahne“ zu reden, nach sich. Bestimmt das eine, daß heute jeder Mensch an exponierter Stelle in der Arbeiterbewegung durch diese Kampesart der Kommunisten als freiwillig erklärt wird. Das ist aber auch alles! Im anderen Falle wird durch eine solche Führer- und nicht nur die proletarische Moral untergraben, sondern darüber hinaus wird der Haß geboren, welcher dann der gerade Weg ist zur politischen Indifferenz. Sollten die Praktiken der Kommunisten, die Versammlungsprengungen, tätlichen Angriffe usw. jemals Gemehngut der deutschen Arbeiterbewegung werden, so würde in Wäde die proletarische Bewegung verflumpfen und verlernen. Denke die kommunistische Arbeiter und Führer erkennen das immer mehr und wenden sich daher von der kommunistischen Partei ab. Ich erinnere nur an die Aeußerungen des kommunistischen Parteisekretärs Wolleweber, ferner an den Ausdruck des Bezirkssekretärs der Pariser Kommunisten:

„Es ist unerhört, daß Führer, die 20 Jahre ihres Lebens dem Sieg des Sozialismus gewidmet haben, der etwas satyrischen Bosheit anderer Genossen wie Raubtieressen hingeworfen werden.“

Die Parolen und Forderungen der Kommunisten, die Kontrollausschüsse und Hundertschaften, sind Verlegenheitsprodukte und ein freiwilliges Eingeständnis der eigenen Unzulänglichkeit.

## Die Hundertschaften der Kommunisten

sind die beste Zufluchtsstätte für alle Abenteuerer, die unter der Maske eines Kommunisten bei den Arbeitern Eindruck gewinnen wollen, in Wirklichkeit aber Helfersdienste für die Reaktion leisten.

Wir bekämpfen jede Gewaltpolitik. Wir rufen allen Arbeitern zu: Werbet freie Menschen in der deutschen Republik! Geloben wir, in unerschütterlicher Treue zu unserer Partei zu halten. Dann wird der Tag kommen, wo unser rotes Banner über die sozialistische Republik siegesverträubend im Glanz der Wärgensonne flattern wird. Wir lassen uns durch die unschuldigen Angriffe der Kommunisten und ihre Beschimpfungen nicht beirren. Wir gehen den Weg, der unsere Partei und die gesamte Arbeiterklasse vorwärts und aufwärts führt. (Braufender Beifall.)

Recht bezeichnend für die Kommunisten ist es, daß, nachdem Frau Wolfstein als Vertreterin der SPD, ihre halbblindige Rede, in der sie eine Lobeshymne auf die kommunistische Partei sang, beendet hatte, alles, was kommunistisch war, unter Führung des „mutigen“ Paul Hoffmann den Saal verließ. Kurz vor Schluß der Versammlung wurde dem Bureau mitgeteilt, daß der „Arbeitslosenfürher“ Fichtmann erklärt habe: „Künstler und Buchmann“, unser Versammlungsleiter, „müssen heute noch verenden.“ Dieses edle Vorhaben ist dann durch das energische Einschreiten unserer Genossen verhindert worden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Das geistige Rüstzeug.

Obwohl die Preise nur sehr langsam zurückgehen, widersehen sich die Unternehmer hartnäckig jedem Versuch einer Angleichung der Löhne und Gehälter an die Teuerung, die in den letzten Monaten eingetreten ist. Für die Kopf- und Handarbeiter gilt es also heute mehr denn je sich in ihren Organisationen zusammenzuschließen und eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen. Der Preisabbau muß beim Gewinnabbau beginnen. Die Arbeiterklasse muß sich in die Lage verlegen, hinter die Schliche und Bisse des Kapitalismus zu kommen. Sie muß vor allem geistig gerüstet sein, um dem Unternehmertum entgegenzutreten zu können und um die Waffe der noch Indifferenzen über ihre wirklichen Interessen aufzurufen zu können. Deshalb ist jede Ersparnis, die der Arbeiter an seiner geistigen Nahrung zu machen versucht, in Wirklichkeit die größte Verwundung.

Wir erinnern hier nur an den Rotruf von Prof. Dr. Haber (siehe Heftleton der heutigen Morgenausgabe bezüglich der Pflege der Wissenschaft).

Dieser Rotruf gilt auch für das geistige Rüstzeug der Arbeiterklasse. Dazu gehört in erster Linie die Arbeiterpresse. Ohne die Arbeiterpresse ist die Arbeiterklasse blind und taub dem jermalmenden Strudel der kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben. Wie es aber in der Wissenschaft keinen Stillstand gibt, und jeder Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt und Verfall ist, so darf es auch in der Arbeiterpresse und in ihrer Verbreitung keinen Stillstand geben. Jeder muß dafür sorgen, daß seine Kollegen in Werkloft und Bureau den „Vorwärts“ abonnieren. Große Worte und unzufriedenes Mörgelein imponieren den Unternehmern nicht. Nur eine geistig hochstehende Arbeiterklasse wird auch ihre materiellen Interessen durchzusetzen in der Lage sein.

## Photographenlöhne. — Photographenelend.

Am 20. d. M. fanden wiederum Lohnverhandlungen des Gehilfenausschusses der Berliner Photographen mit der Zwangsinnung statt. Von angeblich 130 Arbeitgebern waren ganze 20 erschienen. Bei der am 27. Februar stattgefundenen Verhandlung waren nur

Ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum im Hause Langenscheidtsche Buchdruckerei und Verlag feiern: Herr Robert Kahle am 29. März und Frä. Frieda Wiedemann am 1. April d. J.

## Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Troden und vielach heiter, nur vorübergehend härter bewölkt, nachts kühl, am Tage mild bei größtenteils schwachen nordwestlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

125. Abt. Comm. Heute abend 7 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung im Restaurant „Zum Panthron“, Indaber: Alt. Panthronstraße. Thema: „Religion und Sozialismus“. Referent: Genosse Floritz Fleier.

## Devisenkurse.

	20. März		28. März	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	8278.25	8320.75	8226.18	8268.19
1 argentinische Papier-Peso	7760.55	7799.45	7700.70	7739.30
1 belgischer Frank	1201.38	1208.02	1179.54	1185.46
1 norwegische Krone	3800.47	3819.53	3770.55	3789.45
1 dänische Krone	4029.90	4050.10	4004.96	4025.04
1 schwedische Krone	5586.—	5614.—	5548.59	5576.41
1 russische Mark	575.55	578.45	571.58	574.44
1 japanischer Yen	9975.—	10022.—	9975.—	10025.—
1 italienische Lire	1937.40	1942.60	1929.91	1935.09
1 Pfund Sterling	98253.75	98746.25	97755.—	98245.—
1 Dollar	20922.56	21027.44	20865.20	20969.80
1 französischer Frank	1898.90	1906.01	1876.55	1888.45
1 brasilianischer Milreis	2294.25	2305.75	2294.25	2305.75
1 Schweizer Frank	5885.20	5904.74	5853.83	5874.67
1 spanische Pesta	8285.88	8283.12	8205.96	8222.04
100 österr. Kronen (abgest.)	29.67	29.88	29.24	29.40
1 türkische Krone	—	—	619.19	622.31
1 ungarische Krone	4.88	4.92	4.70	4.80
1 bulgarische Pesta	—	—	152.61	153.89
1 jugoslawischer Dinar	—	—	212.96	214.04



